

NR.06 / SEPTEMBER 2016

GRÜNWÄRTS

INFOBULLETIN GRÜNE BASELLAND & BASEL-STADT



- › **GRÜNE WIRTSCHAFT:** WIE DIE SCHWEIZ AUF KLEINEREM FUSS LEBEN KÖNNTE S. 3
- › **GROSSRATSWAHLEN:** UNSERE THEMEN UND KANDIDIERENDEN S. 8
- › **LANDRAT:** PHILIPP SCHOCH ALS LANDRATSPRÄSIDENT GEWÄHLT S. 10

- 2 Editorial
- 3 Thema
- 6 Eidgenössische Abstimmungen
- 8 Grossrat- und Regierungsratswahlen BS
- 9 JGB Nordwest
- 10 Aus den Kantonen: BL
- 11 Aus den Kantonen: BS
- 12 Ortssektionen, Arbeitsgruppen, Parolen

Grünwärts – Infobulletin der Grünen Baselland und Basel-Stadt

Herausgeberin: Grüne Baselland und Basel-Stadt, Güterstrasse 83, 4053 Basel

Redaktion: Pascal Benninger, Harald Friedl, Nathalie Martin, Laura Schwab, Martin Stohler, Oliver Thommen,

info@gruene-bl.ch
sekretariat@gruene-bs.ch

Gestaltung: grafik@sarahmartin.ch

Druck: Seiler Print AG

Gedruckt auf Cyclus Offset, 100% Recycling

Erscheint 4 Mal pro Jahr, Auflage 2450 Ex.

Redaktionsschluss:
8. August 2016

Nächste Ausgabe: November 2016

FÜR DICH, FÜR DIE UMWELT: JA ZUR GRÜNEN WIRTSCHAFT



Der Herbst verspricht politische Hochspannung! Während sich die Grünen Basel-Stadt mitten im Wahlkampf für den Grossen Rat und die Regierung befinden, feiern die Grünen Baselland den neuen Landratspräsidenten Philipp Schoch und wehren sich gegen den Rotstift und die Sparmassnahmen im öffentlichen Verkehr.

Auf nationaler Ebene wollen wir am 25. September die Abstimmung für eine Grüne Wirtschaft gewinnen. Das Ziel ist eine Wirtschaftsweise, die nicht mehr Ressourcen verbraucht, als unsere Erde bereitstellen kann. Mathis Wackernagel erklärt das Konzept des ökologischen Fussabdrucks. Ein vernünftiger zukunftsorientierter Ansatz, der Unternehmen wie zum Beispiel die Druckertankstelle unterstützt (siehe Interview mit Reiner Levante auf Seite 5) und im Einklang mit dem Pariser Klimaabkommen steht. Mit dem Slogan #fürdich kannst Du jetzt Postkarten mit Deinem eigenen «das-will-ich-für-meine-Enkel-erhalten-Motiv» erstellen unter: www.fuerdich.org – danke für Deine Unterstützung für die Grüne Wirtschaft.

Eine gute Lektüre wünscht im Namen des Redaktionsteams

Nathalie Martin

Nathalie Martin,
Geschäftsführerin Grüne BL

EINE ERDE MUSS REICHEN



Quelle: Global Footprint Network

Die Initiative für eine Grüne Wirtschaft hat zum Ziel, den ökologischen Fussabdruck bis 2050 auf eine Erde zu senken. Der Basler Miterfinder Mathis Wackernagel erklärt die Idee dahinter.

Mittlerweile berichtet auch das Schweizer Bundesamt für Statistik, dass der von uns entwickelte, und jährlich berechnete ökologische Fussabdruck pro Schweizer oder Schweizerin 5,8 Hektaren betrug (Stand 2012). Bei einer globalen Biokapazität pro Kopf von 1,7 globalen Hektaren sind wir damit bei über 3,3 Erden, falls alle Menschen wie die Schweizer lebten. Nun fragt uns die Bundeskanzlei an, ob das Ziel mit einem weltweit reproduzierbaren ökologischen Fussabdruck zu leben realistisch sei. Die Antwort ist simpel: der Weltklimarat fasste alle wissenschaftlichen Studien zusammen und dokumentiert, dass eine entsprechende Reduktion möglich und für das 2-Grad-Ziel nötig ist (IPCC-Bericht). Die Vision 2050 des World Business Council for Sustainable Development (WBCSD)

zeigt auch Wege auf, wie eine weltweite Footprint-Reduktion bis zu einem Planeten erreicht werden kann. Solche Szenarien setzen stark auf das menschliche Potenzial für Innovation und technischen Fortschritt.

RESSOURCENSICHERHEIT ERNST NEHMEN

Die wesentlichere Frage aber ist die umgekehrte: Ist es realistisch auf dem Äquivalent von drei Planeten zu leben? Denn weltweit sind wir schon bei 1,6 Erden, und das materielle Wachstum in Ländern wie China und Indien ist rasant. Das sollten wir die Bundeskanzlei fragen. Die Beweislast liegt bei ihnen. Doch hat die «Graue» Wirtschaft von heute keinen Plan und steckt den Kopf in den Sand. Die Grüne Wirtschaft aber hat konkrete Pläne. Lesen sie zum Beispiel Prof. Gunzingers «Kraftwerk Schweiz».

Daher zu behaupten, dass Ressourcenreduktion von drei auf einen Planeten

kein Thema sei, bedeutet eigentlich, dass es nicht möglich sei, die Ressourcensituation in den Griff zu bekommen, wie z. B. von Economiesuisse propagiert wird. Wäre das so, wäre noch viel entschiedeneres Handeln notwendig, um unseren Erfolg abzusichern, besonders in Anbetracht der nur langsamen Anpassungsfähigkeit unserer Infrastruktur und der Bevölkerungsgrössen. Denn die Ressourcensituation aus dem Ruder laufen zu lassen, würde einen weltweiten Ressourcenkollaps und damit soziales Chaos zur Folge haben. Im Gegensatz dazu glauben wir, dass es allen auf diesem einen Planeten gut gehen kann. Aber dazu müssen wir die Ressourcensicherheit ernst nehmen. Die Natur hat eben auch ein Budget. Und dieses Thema voranzutreiben und mit Entscheidungsträgern zusammenzuarbeiten, ist daher die raison d'être dieser Initiative.

Mathis Wackernagel, Gründer und CEO Global Footprint Network

DER ÖKOLOGISCHE FUSSABDRUCK IM ÜBERBLICK

Der Fussabdruck ist eine ökologische Buchhaltung, welche die menschliche Nachfrage nach natürlichen Ressourcen mit der Kapazität der Erde vergleicht. Sie misst die Land- und Wasserfläche, die zur Erneuerung von Ressourcen unter Berücksichtigung gegenwärtiger Technologien benötigt wird, um den gegenwärtigen Konsum einer bestimmten Bevölkerung zu befriedigen. Die Aufnahme von Abfällen wird ebenfalls in diese Flächenberechnung einbezogen. Die aktuelle Situation: Seit über 40 Jahren – und zum ersten Mal in der Menschheitsgeschichte – befinden wir uns in weltweitem ökologischen «Overshoot». Das bedeutet, dass die Menschheit in einem Jahr mehr natürliche Ressourcen verbraucht, als die Erde in diesem

Zeitraum regenerieren kann. Heute braucht die Erde über ein Jahr und sechs Monate, um den Verbrauch der Menschheit eines Jahres zu decken.

Zwar können wir vorübergehend unsere Ökosysteme überansprechen. Wir können Ressourcen schneller ernten, als sie sich regenerieren, und Abfallsenken schneller füllen, als sie sich abbauen. Doch das liquidiert die ökologischen Ressourcen unseres Planeten. Es zerrt an der Substanz. Dies ist eine gewaltig unterschätzte und zu wenig beachtete Bedrohung unserer Lebensgrundlage.

Mit Hilfe der Berechnung des Fussabdrucks einer bestimmten Bevölkerung (sei es eine Einzelperson, eine Stadt, ein Unternehmen, ein Land oder die gesamte Menschheit) sind wir in der

Lage, unseren Verbrauch mit den existierenden Naturkapazitäten zu vergleichen. Das hilft uns auch, den globalen Overshoot zu messen oder für Länder und Regionen deren ökologisches Defizit zu berechnen. Dies wiederum hilft allen, ihr ökologisches Kapital überlegt einzusetzen. Ökologische Fussabdruck-Analysen helfen Menschen, persönliche und kollektive Entscheidungen zu treffen, die ein Leben innerhalb der ökologischen Grenzen unseres Planeten ermöglichen. Die ursprüngliche Methode des ökologischen Fussabdrucks wurde ab 1990 von Mathis Wackernagel und William Rees an der University of British Columbia entwickelt.

DIE INITIATIVE ALS TEIL DER GRÜNEN WIRTSCHAFTSPOLITIK

Unsere Volksinitiative «Für eine nachhaltige und ressourceneffiziente Wirtschaft» ist ein wichtiger Baustein der Grünen Wirtschaftspolitik. Weitere liegen vor oder müssen erarbeitet werden.

Unsere eidgenössische Volksinitiative für eine Grüne Wirtschaft strebt eine ressourceneffiziente Wirtschaft mit geschlossenen Stoffkreisläufen an; die wirtschaftlichen Tätigkeiten sollen das Potenzial der natürlichen Ressourcen nicht beeinträchtigen und die Umwelt möglichst wenig gefährden und belasten. Die Initiative ist ein wichtiger Baustein einer umfassenden Grünen Wirtschaftspolitik.

Zwei weitere Bausteine liegen mit der Initiative «Für den geordneten Ausstieg aus der Atomenergie» und der Initiative «Für gesunde sowie umweltfreundliche und fair hergestellte Lebensmittel» vor. Den Verzicht auf Atomenergie haben

die Grünen von Anfang an verfochten und nachhaltig und fair produzierte Lebensmittel – hier und weltweit – sind ein Grünes Grundanliegen.

DER MENSCH IM ZENTRUM

Grüne Wirtschaftspolitik stellt die Menschen, ihre Bedürfnisse und Fähigkeiten, ins Zentrum. Dabei müssen wir Antworten auf Entwicklungen finden, die sich künftig noch verstärken werden. Dazu gehört die stetige Abnahme der gesellschaftlich notwendigen Arbeitszeit infolge der Zunahme von Automatisierung und Computerisierung von Arbeitsprozessen.

SPALTUNG DER GESELLSCHAFT VERHINDERN

Die nächste Welle der technologischen Revolution rollt bereits an. 3D-Drucker bergen ein Potenzial, dessen Möglichkeiten und Grenzen noch schwer einzuschätzen sind. Doch wie Lastwagen, die ohne Chauffeur auskommen

sollen, werden sie entwickelt, um (Lohn-)Arbeit zu sparen.

Kommt es nicht zu einer vernünftigen Neuverteilung der Arbeit, läuft diese Entwicklung auf eine gespaltene Gesellschaft hinaus, in der die einen unter der Last der Arbeit fast zusammenbrechen, während die anderen weitgehend oder ganz von der Arbeitswelt ausgeschlossen sind.

Die Umriss einer derart gespaltenen Gesellschaft zeichnen sich heute in verschiedenen Ländern unterschiedlich stark ab. Beschleunigt wird die Spaltung dadurch, dass mit dem in den Jahren nach dem Crash von 2006/7 von den Zentralbanken in Umlauf gebrachten «billigen» Geld nur im bescheidenen Masse Arbeitsplätze geschaffen wurden, sondern es vor allem für Börsen- und Finanzspiele genutzt wurde.

KONZEPTUELL AM BALL BLEIBEN

Im vergangenen Jahrhundert sah die Arbeiterbewegung eine mögliche Antwort

auf Arbeitslosigkeit und abnehmende Lohnarbeit in einer Senkung der Arbeitszeit mit Gesamtarbeitsverträgen und Gesetzesinitiativen (40-Stunden-Weekendinitiative). Abgesehen davon, dass solche Forderungen angesichts der Schwäche der Gewerkschaften momentan kaum durchgesetzt werden

können, stellt sich die Frage, ob damit mehr Arbeitsplätze geschaffen würden. Die Forderung nach einem garantierten Grundeinkommen, verbunden mit einem Recht auf 20'000 Stunden (Lohn-)Arbeit, erscheint demgegenüber vielversprechender. Ob sie dazu angetan ist, den gordischen Knoten zu lösen?

Mit der Initiative «Für eine nachhaltige und ressourceneffiziente Wirtschaft» haben wir Grünen einen wichtigen und pragmatischen Input in die aktuellen Diskussionen gemacht. Achten wir darauf, dass wir wirtschaftspolitisch auch künftig am Ball bleiben

Martin Stohler, Redaktion Grünwärts

«ES WIRD RUND 90 PROZENT DES PLASTIKABFALLS VERMIEDEN»



Reiner Levante hat am östlichen Rand des Gundeldinger Quartiers die Druckertankstelle Basel GmbH aufgebaut. Die Idee ist simpel: statt stets teure Patronen neu zu kaufen, können diese bei ihm immer wieder aufgefüllt werden. Grünwärts sprach mit dem Unternehmer.

Herr Levante, warum machen Sie sich die Mühe, Druckerpatronen aufzufüllen? Sie können auch einfach Patronen verkaufen?

Dank der Patronenfüllung bin ich autonom und habe die Produktion in der eigenen Hand und sie findet in der Schweiz statt.

Und wie wirkt sich das aus?

Der Grossteil der Hersteller hat die Füllmenge der Patronen um ca. 70 Prozent reduziert und somit hat sich der Verpackungsanteil um ca. 70 Prozent erhöht. Im gleichen Masse auch der Preis.

In meinem Betrieb werden nur Empfehlungen für Drucker ausgesprochen, bei denen man die Patronen nachfüllen kann. Da die meisten Hersteller ihre

Patronen elektronisch gesperrt haben, ist es nur noch bei ca. 20 Prozent der Drucker möglich, die Patronen nachzufüllen.

In Sachen Kosten wirkt sich das folgendermassen aus: Bei nachgefüllten Patronen betragen die Druckkosten bei 400 Blatt ca. 40 CHF. Bei Originalpatronen liegen die Druckkosten hingegen für 400 Blatt bei ca. 150 CHF.

Durch das Nachfüllen von Patronen werden ca. 90 Prozent an Elektroschrott und Plastikabfall eingespart gegenüber Originalpatronen.

Wie kamen Sie auf die Idee?

Seit 1997 war ich als Verkäufer an Messen tätig. Sowohl in der Schweiz als auch in Deutschland. Ab dem Jahr 2000

bemerkte ich einen starken Rückgang der Umsätze. Aufgrund des ansteigenden Umsatzes durch Internetverkauf (Ebay). Somit entschloss ich mich, aus dem Messegeschäft auszusteigen. Ich suchte nach einer Möglichkeit, um im Dienstleistungsgeschäft mit Stammkunden Fuss zu fassen.

An einer Messe in Berlin wurde ich auf einen Stand aufmerksam, der Tinte zum Nachfüllen anbot. Infolgedessen beschloss ich, dieses Produkt selbst in der Schweiz anzubieten.

Und was führte Sie nach Basel?

Da ich mit einem Geschäftspartner schon mehrere Jahre in der Schweiz an Messen neue Produkte verkaufte, war das Problem der Verkaufsstellen schon gelöst. Der Start des Verkaufs war vor dem Haupteingang eines Baumarktes in Basel. Und das war vor ca. 15 Jahren.

Seit 7 Jahren befindet sich nun das Geschäft in der Güterstrasse 320 im Gundeli.

Hat sich das Unternehmen auch ökonomisch gelohnt?

Durch stetige Weiterentwicklung der Füllmethoden und des Angebots konnte ich das Geschäft stets vergrössern. Eigens entwickelte Füllmethoden haben die Produktionszeit um ca. 80 Prozent verringert. Daher ist es für mich auch in der Schweiz möglich, diese Produktion durchzuführen. Der Kundestamm hat sich stets erhöht. Da nicht allein der günstige Preis, sondern auch der Umweltgedanke von meinen Kunden positiv aufgenommen wurde.

Interview: Oliver Thommen



WERDEN WIR WELTMEISTERIN DER NACHHALTIGKEIT!

Die Schweiz war immer stolz auf ihre Umweltpolitik. Heute hat sie ihre Pionierrolle aber verloren.

Kein Land hat so früh den Wald, die Gewässer oder die Luft vor Raubbau und Verschmutzung geschützt und die Verlagerung des Transitgüterverkehrs auf die Schiene beschlossen wie die Schweiz. Die letzte grosse Innovation gelang mit der Einführung der Katalysator-Pflicht 1986. Im Alleingang hat die Schweiz damals Umweltgeschichte geschrieben und die anderen europäischen Länder zum Nachziehen bewegt.

VON DER PIONIERIN ZUM SCHLUSSLICHT

Doch diese Pionierrolle ist Vergangenheit. Längst haben die Nachbarländer die Schweiz überrundet und in Sachen Energie- und Ressourcenpolitik vorwärts gemacht. Die Schweiz ist heute nicht nur das europäische Schlusslicht bei der Solar- und Windenergie, sondern erlaubt z.B. auch den Import von illegal geschlagenem Tropenholz.

Düster sieht die Bilanz beim Siedlungsabfall aus: Sowohl beim Abfall als auch beim Elektroschrott befindet sich die Schweiz (pro Kopf) in unrühmlichen Medaillenrängen. Zwar ist das Recycling hoch im Kurs. Viel vernünftiger wäre es aber, die Materialflut gar nicht erst zu produzieren, sondern bereits bei der Herstellung, der Verpackung und dem Einkaufen von Waren sparsam mit knappen Ressourcen umzugehen. So wie es unsere Initiative «für eine grüne Wirtschaft» fordert.

RESSOURCENSCHONUNG ALS CHANCE FÜR UMWELT UND WIRTSCHAFT

Mit der Umstellung auf eine grüne Wirtschaft sollen Umweltprobleme wie Klimawandel, Urwaldabholzung und Überfischung bekämpft und natürliche Ressourcen nachhaltig genutzt werden. Die Wegwerfwirtschaft wird durch eine Kreislaufwirtschaft abgelöst, die auf langlebige und faire Produkte setzt. So kann der ökologischen Fussabdruck der Schweiz bis ins Jahr 2050 auf ein nachhaltiges Niveau von einer Erde gesenkt werden. Die Initiative schafft zukunfts-

fähige Arbeitsplätze, fördert Qualität und Innovation und hilft dank Energie- und Materialeffizienz Kosten sparen. Sie ist damit im besten Sinne enkeltauglich. Und sie baut auf das Prinzip von Selbstverantwortung und Subsidiarität. Wenn die Wirtschaft das Ziel aus eigener Kraft erreicht, braucht es keine weiteren Massnahmen. Schafft sie es nicht, kann die Politik weitere Anreize setzen, von längeren Garantiefristen bis zu Standards gegen Ökodumping.

Der Bundesrat hat den Handlungsbedarf erkannt. Doch sein Gegenvorschlag ist an den Betonköpfen von Economie-suisse gescheitert. Eine breite Allianz aus Umweltverbänden, Parteien, Wirtschaftsverbänden, Gewerkschaften und dem Schweizerischen Konsument/innenschutz setzt sich deshalb für die Initiative ein. Erfahre mehr dazu auf www.gruenewirtschaft.ch. Und unterstütze die Kampagne aktiv!

Regula Rytz, Nationalrätin und Präsidentin Grüne Schweiz

AHVPLUS – KEINE LINKE SPINNEREI!



Die Volksinitiative AHVplus, über die wir am 25. September abstimmen, kommt genau zum richtigen Zeitpunkt. Die aktuellen Renten hinken hinter der Wirtschaftsentwicklung her und werden immer weiter zusammengestrichen. Wer in den nächsten Jahren in Rente geht, muss mit happigen Rentenverlusten rechnen. Deshalb braucht es eine Erhöhung der AHV-Altersrenten um 10 Prozent, so wie es die Volksinitiative AHVplus verlangt.

Wir werden immer älter – kein Problem für die AHV. Der wirtschaftliche Fort-

schritt finanziert die AHV: Die höheren Einkommen federn die Kosten der älter werdenden Gesellschaft automatisch ab. Seit der Gründung der AHV 1948 ist die Lebenserwartung gestiegen und nahm von 67,3 auf 82,7 Jahre zu. Im gleichen Zeitraum ist die Geburtenrate gesunken von durchschnittlich 2,5 auf noch 1,5 Kinder pro Frau. Entsprechend ist die Zahl Erwerbstätiger pro RentnerIn von 6,5 auf 3,4 gesunken. Weil die Erwerbstätigen heute in der gleichen Zeit mehr produzieren und deshalb mehr verdienen, steigen die jährlichen Einnahmen bei der AHV trotz unveränderter Beitragssätze. Der Anteil der AHV-Ausgaben am BIP blieb damit trotz demografischer Alterung seit 40 Jahren praktisch unverändert. Die Erhöhung der AHV-Renten um 10 Prozent

bedeutet im Durchschnitt 200 Franken mehr Rente für Alleinstehende und 350 Franken mehr für Ehepaare und soll für alle künftigen und laufenden AHV-Altersrenten gelten. Dass wir uns diese Erhöhung leisten können zeigen die folgenden Zahlen: Die Erhöhung der Renten kostet uns 4,2 Mrd. Franken. Das entspricht 0,8 Lohnprozenten, also lediglich 0,4% mehr für Arbeitgeber und Arbeitnehmende. Das ist verkraftbar, denn die Lohnbeiträge für die AHV sind seit 40 Jahren unverändert und liegen stabil bei 8,4%. Wer rechnet, stärkt die AHV, darum Ja zur AHVplus!

Urs Schädeli, Grüne BS

Komitee «Allianz AHVplus Region Basel»

NEIN ZUM SCHNÜFFELSTAAT 2.0

Mein Kontoauszug:
Privatsache.

NEIN
zum neuen
Nachrichtendienstgesetz

Gegen die Abschaffung der Privatsphäre.
www.ndgnein.ch #NDGNein

Als einzige Fraktion hatten die Grünen das neue Nachrichtendienstgesetz (NDG) in der Schlussabstimmung einstimmig abgelehnt. Warum? Die durch die Verfassung vorgeschriebene Staatsaufgabe, für Sicherheit zu sorgen, darf nicht in unzulässiger Weise

die Grundrechte aller Bürgerinnen und Bürger verletzen. Die Verschiebung der Ermittlungen von den Strafbehörden zum Geheimdienst bringt nicht mehr Sicherheit, sondern kann dazu führen, dass die strafrechtliche Verurteilung geplanter Anschläge erschwert wird.

Das NDG führt zu einer problematischen Verschmelzung der Kompetenzen von Strafverfolgung und Nachrichtendienst des Bundes. Das ist falsch. Schon heute kann die Bundesanwaltschaft auf Tatverdacht hin gezielt Telefone abhören, E-Mails lesen und Personen ausspionieren. Die Grünen finden das nach wie vor richtig. Aber wir wollen keine zusätzliche «Geheimpolizei» nach Vorbild der USA, die ohne jeden Anfangsverdacht Personen abhören und Massenüberwachungen durchführen kann.

Wie im Ausland kann die Verlagerung der Terrorbekämpfung von der Straf-

verfolgung zum Geheimdienst auch bei uns dazu führen, dass Terroristen zwar beobachtet, nicht aber an ihrer Tat gehindert werden. Faktisch würden mit dem NDG die Strafverfolgungsbehörden geschwächt, die heute die Hauptarbeit im Kampf gegen Terrorismus leisten.

Die sogenannte Kabelaufklärung, also die Überwachung des ganzen Internetverkehrs nach Stichworten, führt zudem zu einer eigentlichen Online-Generalüberwachung. Abertausende von Personen würden falsch verdächtigt, weil sie in einem Mail ein bestimmtes Stichwort brauchen. Fazit: Wer den Heuhaufen grösser macht, erschwert es, die Nadel im Heuhaufen zu finden!

Balthasar Glättli, Nationalrat Grüne, Zürich

MIR BLIIBE OFFE

Wir wollen Basel mitgestalten – im Grossen Rat, in der Regierung und auf der Strasse. Es geht uns nicht nur um konkrete und pragmatische Ideen, sondern auch um eine Vision. Wir wollen eine Stadt, die allen offen steht und allen ein gutes Leben ermöglicht.

Wir wollen sinnstiftende Arbeit, von der die Menschen leben können, gesunden Wohnraum, den sich alle leisten können, und einen funktionierenden öffentlichen Verkehr, der niemanden ausschliesst. Wir wollen sichere Strassen und ein gut ausgebauten Velonetz.

Wir wollen nicht nur gute Bildung für alle, sondern die beste – und das von der Kita bis zur Uni und auch im Beruf.

Wir wollen ein Gesundheitswesen, das Pflegenden wie Patientinnen und Patienten gleichermaßen berücksichtigt. Wir wollen erneuerbare Energien und eine gesunde Umwelt.

Unsere Vision ist ein Basel der Teilhabe und Mitbestimmung für alle, die da sind und die, die noch kommen werden. Es geht um die künftigen Generationen, denen wir eine bessere Welt hinterlassen müssen. Dafür brauchen wir Dich, Deine Ideen und Dein Engagement. Denn der Grosse Rat ist immer noch bürgerlich dominiert: Wir wollen uns in den nächsten vier Jahren für eine progressive Politik einsetzen:

- Verbesserung der Vereinbarkeit von Familie und Beruf für alle Elternteile.
- Eine Stadtentwicklung, welche allen BewohnerInnen zu Gute kommt.
- Verminderung der CO2-Emissionen, ohne dabei die MieterInnen zu bestrafen.
- Schliesslich braucht es grüne, autofreie und offene Begegnungsorte.

Alle Infos zu den Kandidierenden und Themen finden sich unter

Gruenebasta.ch

DIESE KANDIDIERENDEN 3X AUF IHRE LISTE

GROSSBASEL OST



Elisabeth Ackermann
bisher

Michael Wüthrich
bisher

Barbara Wegmann

Oliver Thommen

Weiter kandidieren: Anina Ineichen, Nathalie Martin, Madlen Portmann, Monica Staehelin, Eva Strub, Daniel Küry, Jérôme Thiriet.

GROSSBASEL WEST



Nora Bärtschi
bisher

Raphael Fuhrer
bisher

Anita Lachenmeier
bisher

Benjamin van Vulpen

Anna Rhonheimer

Weiter kandidieren: Paula Borer, Lea Steinle, Lea Wirz, Sandro Fiorilli, Claudio Knüsli, Urs Schädli, Jürg Stöcklin.

KLEINBASEL



Ugur Camlibel
bisher

Harald Friedl
bisher

Marc Zimmermann

Michelle Lachenmeier

Weiter kandidieren: Sarah Grossenbacher, Milena Teuscher, Cristina Steinle, Véronique Vernier, Myriam Ziegler, Lukas Holm, Jost Müller, Martin Schmid

RIEHEN



Thomas Grossenbacher
bisher

Marianne Hazenkamp-von Arx

Andreas Tereh

Weiter kandidieren: Béla Bartha, Conni Birchmeier, Aurelia Jenny, Domenica Ott, Christine Spalinger, Lars Wicki

LISTE 8 BÜNDNIS GRÜNE BASTA! JGB





Das junge grüne bündnis nordwest hat zusammen mit der JUSO Baselland am 5. Juli die Demokratie-Initiativen, die ein Stimmrecht für niedergelassene Ausländerinnen und Ausländer und ein Stimmrecht ab 16 Jahren verlangen, mit 2253 beziehungsweise 1900 Unterschriften eingereicht. Die beiden linken Parteien fordern damit Rechte für zwei bis anhin vom politischen Prozess ausgeschlossene Gruppen ein.

Das Stimmrecht ist ein demokratisches Grundrecht. Es wurde von den bürgerlichen Revolutionen erkämpft, damit die Menschen ihr Schicksal selber in die Hand nehmen und die eigene Zukunft gestalten können. Erreicht wurde – auch durch weitere Errungenschaften wie das Frauenstimmrecht – ein in weiten Teilen egalitärer, demokratischer Staat. Erst durch Partizipation der Bevölkerung werden die Beschlüsse des politischen Systems legitimiert. Jeglicher Ausschluss beziehungsweise die Verweigerung des Stimmrechts für bestimmte Teile der Bevölkerung muss deshalb sehr sorgfältig begründet und regelmässig von Neuem hinterfragt werden. Eben dieser Aufgabe haben sich die beiden linken Jungparteien angenommen und sich gefragt, ob es demokratisch gerechtfertigt und fair ist, Bevölkerungsgruppen wie die Ausländerinnen und Ausländern oder die 16- und 17-Jährigen vom politischen Prozess auszuschliessen.

EIN DEMOKRATISCHES DEFIZIT

Für das junge grüne bündnis nordwest und die JUSO Baselland ist der Ausschluss von gut einem Viertel der Baselpolier Bevölkerung Grund genug, die Legitimation der politischen Entscheidungen und Beschlüsse anzuzweifeln. Der Ausschluss der niedergelassenen Ausländerinnen und Ausländer und der Jugendlichen im Alter von 16 und 17 Jahren stellt ein demokratisches Defizit dar. Dem demokratischen Grundprinzip, dass jede Person, die von einer politischen Entscheidung betroffen ist, am Entscheidungsfindungsprozess aktiv teilnehmen können muss, wird im politischen System des Kantons Basel-Landschaft nämlich nicht nachgekommen. Um dieses demokratische Grundprinzip – ein demokratisches Grundprinzip, das die Linke seit jeher einfordert – zu verwirklichen und damit die Legitimation der Demokratie an sich zu stärken, ist die Einführung des Stimmrechts für niedergelassene

Ausländerinnen und Ausländer und die Senkung des Stimmrechtsalter auf 16 Jahre ein notwendiger Schritt.

FARBE BEKENNEN

Mit der Abstimmung über die Demokratie-Initiativen muss das Baselpolier Stimmvolk Farbe bekennen und entscheiden, ob unser politisches System fairer und unsere Gesellschaft egalitärer werden soll. Die Stimmbevölkerung kann darüber entscheiden, ob wir der wahren Demokratie, in der jedes Mitglied der Gesellschaft mit einer Stimme mitbestimmen kann, ein grosses Stück näherkommen. Nutzen wir die Chance, Rechte zu erkämpfen, ergreifen wir die Gelegenheit, unsere Demokratie zu bewahren!

Anna Ott, Vizepräsidentin Grüne BL, Einwohnerin Liestal

GRÜNE RATSSPITZE



Es ist kaum zu glauben: das konservative Baselbiet hat einen Grünen Landratspräsidenten! Komfortabel wurde ich am 30. Juni 2016 zum Vorsitzenden des Kantonsparlaments gewählt. Im Volksmund sagt man der höchste Baselbieter. Formal ist das richtig, aber wir sind ja eine Republik, und da gibt es keine Könige. Selbstverständlich ehrt es mich sehr, von meinen Kolleginnen und Kollegen im Rat so getragen zu werden. Die Wahl bringt auch viel Verantwortung und eine Menge Arbeit mit sich. Primär repräsentiere ich nun den Kanton in seiner Gesamtheit. Wohl muss ich meine persönlichen politischen Ansichten dem hohen Amt etwas unterordnen. Aber keine Angst, meine Grüne Herkunft werde ich nicht vergessen. Wichtig ist mir, dass wir als Baselbiet und als Einwohnerinnen und Einwohner der Region Basel selbstbewusst auftreten. Wir müssen uns nicht verstecken, nur weil es dem Baselbiet momentan grad finanziell nicht so gut geht. Wir sind ein vielfältiger Kanton mit tollen Vorzügen. Klar gibt es auch Probleme, ich werde mich dafür einsetzen, dass wir gute Lösungen finden in meinem Amtsjahr. Auf die Region, aufs Baselbiet!

Euer Philipp Schoch

KEIN LEISTUNGSABBAU BEIM ÖFFENTLICHEN VERKEHR

Wir sind überzeugt, dass ein gut ausgebautes und günstiges ÖV-Netz für eine hohe Lebensqualität, die wirtschaftliche Prosperität des Kantons und den Schutz der Umwelt unerlässlich ist. Daher lehnen wir die im «8. generellen Leistungsauftrags im Bereich des öffentlichen Verkehrs» (8. GLA) vom Regierungsrat vorgeschlagenen Sparmassnahmen im Bereich des öffentlichen Verkehrs ab.

In der Stellungnahme kritisieren wir insbesondere folgende Punkte:

- Die drei Buslinien 91–93 sollen nicht auf das Grundangebot zurückgesetzt werden.
- Die Grünen Baselland lehnen die Streichung der S9 von Sissach nach Olten ab (Läufelfingerli). Es wurde kürzlich in Rollmaterial und in die Erneuerung der Bahnhöfe investiert, auch im Wissen, dass diese Linie noch

an Bedeutung gewinnen wird, weil die Kapazitäten nach Olten sehr beschränkt sind.

- Die Kürzungen beim U-Abo: Das U-Abo darf in keinster Weise gefährdet werden, es ist ein Vorzeige- und Erfolgsmodell für die ganze Schweiz. Mit der Initiative «Ja zum U-Abo» wollen die Grünen Baselland mit breiter Unterstützung die Subventionen an das U-Abo sichern. Wir fordern eine Abstimmung noch in diesem Jahr.

Die Grünen Baselland regen an, den TNW durch die Knotenpunkte Olten und Delémont zu erweitern. Diese Erweiterung würde das TNW-Tarifverbund-Angebot noch attraktiver werden lassen sowie Pendlerströme dazu motivieren, auf den ÖV umzusteigen.

Nathalie Martin,
Geschäftsführerin Grüne BL

GLANZVOLL GEWÄHLT



Am 30. Juni 2016 wurde Philipp Schoch mit stolzen 78 von 80 gültigen Stimmen zum höchsten Baselbieter gewählt. Das sensationelle Wahlergebnis zeigt, dass Philipp nach 13 Jahren im Landrat, davon 12 als Präsident der Umweltschutz- und Energiekommission, über die Parteigrenzen hinweg für seine lösungsorientierte und offene Grüne Politik geschätzt wird.

Nach dem Wahlmorgen und unserem Fraktionsausflug nach Augusta Raurica

feierten wir unseren neuen Landratspreisi ausgiebig und rundeten den Tag mit unserem selbstkomponierten Fraktionsständli «Vo Prattele uf Lieschtel zue» ab.

Lieber Philipp, wir wünschen dir ein freudvolles Jahr mit schönen Begegnungen und ein gutes Händchen beim Leiten der Landratssitzungen.

Florence Brenzikofer,
Präsidentin Grüne BL

ALS VOLUNTEER IN DEN FLÜCHTLINGSLAGERN GRIECHENLANDS



«Wenn ich meine Eindrücke in einem Bild zusammenfasse, dann sind es viele, viele erschöpfte Menschen. Frauen, Männer, Alte, Kinder. Menschen, die mich «My sister, my friend» nennen. Menschen, die alles verloren haben und versuchen, trotz schwierigsten Lebensbedingungen, trotz Ungewissheit über ihre Zukunft ihre Würde und ihre Hoffnung zu behalten. Und genau zu diesen Menschen wollte und musste ich gehen, als ich die Berichte in den Medien immer unerträglicher fand und die europäische Flüchtlingspolitik immer beschämender. Ich wollte nicht mehr Zuschauerin sein, ich wollte etwas tun. Ich wollte diesen Menschen auf der Flucht zeigen, dass wir sie nicht vergessen haben und dass es nicht nur verschlossene Grenzen gibt in Europa, sondern auch grosse Anteilnahme und Solidarität».

So beginnt der Bericht unserer Grossratskandidatin Monica Staehelin, den sie nach aufwühlenden Erlebnissen für ihre Freunde und Bekannte schrieb. Monica leistete im April und Juni dieses Jahres zwei mehrwöchige Hilfeinsätze für die spanische Organisation Remar in diversen Flüchtlingslagern in Griechenland. Der vollständige Bericht über ihre Motivation und Erfahrungen während ihrer Aufenthalte in Griechenland kann auf unserer Website in den Medienbeiträgen als pdf heruntergeladen werden unter: <http://www.gruene-bs.ch/?52>

EINE ZUKUNFT FÜR DIE KASERNE



Seit 50 Jahren wird über die Nutzung und Gestaltung des Kasernenareals gestritten. Wir erinnern uns an die unterschiedlichsten Vorschläge: Sprengung des Hauptbaus, Errichtung einer neuen Wohnsiedlung, eines Parks und sogar eines Hafens. Das vielseitig genutzte Areal muss unterschiedlichsten Ansprüchen gerecht werden. Die Renovation des Hauptbaus ist nun dringlich und die Öffnung zum Rhein wichtig. Nach langem Hin und Her liegt jetzt ein Projekt vor, das überzeugt. Wie bei einem Kompromiss üblich, sind nicht alle ganz zufrieden. Für manche ist die Öffnung zum Rhein zu klein, für andere zu gross, der Ausbau zu teuer, die Nutzung zu vage oder schon zu stark festgeschrieben. Das liegt in der Natur der Sache bei so vielen unterschiedlichen Bedürfnissen – eine für alle optimale Lösung gibt es nicht. Die Beratungen in den Grossratskommissionen waren deshalb aufwendig, haben aber zu einer klaren Mehrheit für den Umbau geführt. Bürgerliche Kreise verlangen eine Rückweisung des Ratschlags, was bedeuten würde, dass man nach 50 Jahren wieder auf Feld 1 stünde. Das Projekt ist aber eine lohnende Investition und ich freue mich darauf, dass die Kaserne noch attraktiver wird.

Elisabeth Ackermann, Co-Präsidentin Grüne BS, Regierungsratskandidatin

Wohnen und Leben in Basel 2031



Was für Häuser, was für Quartiere brauchen wir, um eine zukunftsfähige, ökologische, durchmischte Stadt für alle zu erreichen?

Dienstag, 13. September 2016, 19.30 Uhr
Saal des Felix-Platter-Spitals
Burgfelderstrasse 101, Basel

Ein Abend mit **Hans Widmer**, Zürich, der unter dem Pseudonym P.M. seit dreissig Jahren (Bolo bolo, 1983) international beachtete Impulse für alternative Stadtsiedlungen gibt. Mit ihm diskutieren Vertreter aktiver Wohnungsbauer in Basel:

Andreas Courvoisier (Baugenossenschaft wohnen&mehr / Courvoisier Stadtentwicklung GmbH) und **Klaus Hubmann** (Stiftung Habitat).

Und mit **Elisabeth Ackermann**, Kandidatin für den Regierungsrat und das Regierungspräsidium

Im Anschluss Apéro



Ortssektionen und Arbeitsgruppen

DANKE, LOTTI UND KALLE!



Karl-Heinz Zeller hat sich zwölf Jahre lang als Gemeindepräsident in Arlesheim für eine nachhaltige Gemeinde eingesetzt. Acht Jahre waren es bei Lotti Stokar in Oberwil – und beide haben Ende Juni ihr Amt weitergegeben. Die Grünen Baselland danken herzlich für Euren riesigen Einsatz.

HERZLICH WILLKOMMEN, HANSPETER!

Die Ortssektion in Gelterkinden erhält ein neues Präsidium: Niklaus Hofmann übergibt die Leitung an Hanspeter Seematter. Wir bedanken uns herzlich für den Einsatz von Nik – und wünschen Hanspeter einen guten Start.

KASSIERIN GESUCHT

Léonie Laukemann gibt nach drei Jahren ihr Amt als Kassierin der Grünen Baselland ab. Wir suchen ab Januar 2015 einE engagiertE NachfolgerIn für diese wichtige Aufgabe.

Die Hauptverantwortung liegt im monatlichen Zahlen und Buchen der Rechnungen, Lohn- und Sozialversicherungswesen, Mithilfe beim Versand der Jahresrechnung, beim Budget sowie beim Erledigen des Jahresabschlusses und der Vorbereitung der jährlichen Revision. Bist Du interessiert? Melde Dich bei Nathalie Martin, info@gruene-bl.ch.

ANSPRECHPERSONEN FÜR ORTSSEKTIONEN

Der Geschäftsleitung der Grünen BL ist es ein grosses Anliegen, die Ortssektionen zu unterstützen und bei der Verbreiterung deren Basis mitzuhelfen.

Marco Agostini, Pascal Benninger und Anna Ott wurden im April 2016 in das Vize-Präsidium der Grünen BL gewählt und werden ab sofort den Ortssektionen tatkräftig zur Seite stehen.

NEUES JGB-CO-PRÄSIDIUM



Beim jgb gibt es gute Neuigkeiten: Mit Raffaela Hanauer und Balint Csontos ist das Co-Präsidium wieder voll besetzt.

«Es gibt viel zu tun» lautet das neue Motto des jgb-Co-Präsidiums. Wir freuen uns aber auf die kommende Zeit und haben deshalb bereits grosse Pläne geschmiedet. Schliesslich steht die Welt und unsere Gesellschaft vor Herausforderungen, die von uns allen grosses Engagement erfordern. In Zukunft werden wir unser Handeln auf dieses Engagement ausrichten und von unseren Mitgliedern wie von uns eine ernsthafte und vor allem effektive Politik verlangen. Für jene, die bereit sind, sich dieser Aufgabe zu stellen und ihre Verantwortung zu übernehmen, werden wir da sein. Wir möchten das jgb von der Nischenpartei zur bestimmenden und zukunftsgerichteten Kraft führen.

Wir freuen uns auf eine intensive Zeit mit vielen Gleichgesinnten.

PAROLEN 25. SEPTEMBER

EIDGENÖSSISCHE VORLAGEN

→ **JA** zur Volksinitiative «Für eine nachhaltige und ressourceneffiziente Wirtschaft (Grüne Wirtschaft)»

→ **JA** zur Volksinitiative «AHVplus: für eine starke AHV»

→ **NEIN** zur Änderung des Bundesgesetzes über den Nachrichtendienst (NDG)

AGENDA

10. Sept.: Nationaler Clean-up-Day

13. Sept.: Wohnen und leben in Basel 2031, Saal Felix-Platter-Spital, 19.30 Uhr

17. Sept.:

– Retraite Grüne BL, 9.30 Uhr, Reinach

– Lauf gegen Grenzen, Claramatte; 14 Uhr

25. Sept.: Abstimmungssonntag

17. Okt.: Mitgliederversammlung Grüne BL, Muttenz, 19 Uhr

23. Okt.: Wahlsonntag Grüne BS

25. Okt.: Mitgliederversammlung Grüne BS, Unternehmen Mitte; 19 Uhr

29. Okt.: Delegiertenversammlung Grüne CH, Solothurn

DAS LETZTE

Eigentlich wollten wir hier darüber schreiben, dass es uns fast nicht überrascht, dass FDP und SP bei den Wahlen mit dem gleichen Slogan («mehr Basel») für mehr Sitze werben. Als nun aber das bürgerliche Regierungsratsquartett mit «Gemeinsam aufbrechen» aufwartete, waren wir herausgefordert. Denn die Grünen steigen mit «Mir bliibe offe» in die Wahlen und sind somit der Logik folgend bereits irgendwie aufgebrochen. Als wir dann die bürgerliche Website konsultierten, trauten wir unseren Augen kaum, als wir zwischen den «Lorem ipsum»-Passagen lasen, dass das Wahlkampfziel das Aufbrechen der rot-grünen Kruste sei. Als offene Grüne sind wir ja für Offenheit in allen Bereichen. Aber liebe Bürgerliche: Krusten lässt man bitte verheilen und bricht sie nicht auf. Denn dann würde die Wunde von Jahrzehnten bürgerlicher Regierungsmehrheit wieder zum Vorschein kommen und diese Defizite will ja wirklich niemand sehen.